

# GREENPEACE

© 14 November 2005, 12:35 (CET)

## SPD MUSS GORLEBEN VERHINDERN

# GREENPEACE

Die Atommüllfässer im Wasser symbolisieren, dass der Salzstock in Gorleben nicht als Endlager geeignet ist, weil er Kontakt zum Grundwasser hat. Vor dem Gebäude entfalten sie Transparente mit der Aufschrift: "Atommüll gefährdet Grundwasser! SPD: Endlager in Gorleben verhindern". Für den kommenden Samstag ist der nächste Castor-Transport aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague ins niedersächsische Gorleben geplant.

"Nur die Suche nach einem alternativen Endlager kann verhindern, dass der unsichere Standort Gorleben faktisch zementiert wird", sagt Thomas Breuer, Atomexperte von Greenpeace. "Vor allem müssen die SPD-Landesverbände ihren designierten Umweltminister Sigmar Gabriel bei diesem Vorhaben geschlossen unterstützen. Die Landesverbände jedoch scheuen das brisante Thema wie der Teufel das Weihwasser, weil niemand ein atomares Endlager im eigenen Bundesland haben will."

Sigmar Gabriel steht als ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen Gorleben sehr kritisch gegenüber. Schon 1999 hatte er in einem Interview mit der Berliner Zeitung festgestellt: "nach unseren Erkenntnissen und unserer Überzeugung ist Gorleben ungeeignet." Doch auch der bisherige Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hatte mehrmals einen Gesetzesentwurf zur alternativen Standortsuche angekündigt, war jedoch von den grünen Landesverbänden immer wieder gebremst worden.

Seit Jahren warnen Wissenschaftler davor, dass Gorleben als Endlager ungeeignet ist. Das erforderliche wasserdichte Deckgebirge fehlt auf einer Fläche von 7,5 Quadratkilometern. In dieser so genannten *Gorlebener Rinne* liegen Geröll und Grundwasser direkt auf dem Salz. Damit besteht die Gefahr, dass aus dem Atommüll gelöste Radionuklide in das Grundwasser gelangen und dieses verseuchen. Trotzdem halten die Atomkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW an dem unsicheren Standort fest.

Auch wissenschaftliche Berater der Bundesregierung fordern, alternative Endlager zu suchen. Der vom Bundesumweltministerium eingesetzte *Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte* (AkEnd), der sowohl mit Gegnern als auch mit Befürwortern der Atomkraft besetzt war, hat ein Verfahren zur alternativen Endlagersuche entwickelt. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat kürzlich in einem Bericht über "konzeptionelle und sicherheitstechnische Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle" festgestellt, dass sich aus den Erkenntnissen der Studie nun die "Notwendigkeit eines Standortvergleiches ergibt".

---

#### ÜBER GREENPEACE DEUTSCHLAND

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit direkten gewaltfreien Aktionen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur und Gerechtigkeit für alle Lebewesen kämpft.

---

 pr.co

**GREENPEACE**

Greenpeace Deutschland

